

Ob des möglichen FPÖ-Wahlsiegs steht plötzlich das ungeschriebene Gesetz, dass die stärkste Partei das Amt des Nationalratspräsidenten bekommt, zur Diskussion. Aber lässt sich von dort aus wirklich die **Demokratie blockieren**?

VON KLAUS KNITTELFELDER

Die Macht des Präsidenten

Eigentlich hätte die Sitzung bereits beginnen sollen, aber am letzten Tag vor der Sommerpause nimmt man es auch im Hohen Haus nicht mehr so genau. Auf den Abgeordnetenbänken klaffen große Lücken an diesem Freitagmorgen, am Vortag zog sich die Sitzung bis nach Mitternacht. Während die Glocke am Gang, die den Sitzungsbeginn signalisiert, ertönt und hektisch Mandatäre ihre Plätze einnehmen, lehnt Wolfgang Sobotka an der Regierungsbank und plaudert. Gerade ist Karl Nehammer in den Saal gekommen, Grund dafür ist die an den Kanzler gerichtete Fragestunde; auch ÖVP-Klubchef August Wöginger steht in der Runde. Bis Sobotka schließlich die Stufen zu seinem Platz - dem höchsten im Hohen Haus - emporsteigt und „die 274. Sitzung des Nationalrates hiermit eröffnet“.

So schreitet Sobotka, den ganzen Saal überblickend, zur Tat. Der Präsident zählt jene Abgeordneten auf, die „verhindert“ sind, er berichtet, dass die Tagesordnung „nicht beanstandet“ wurde, er begrüßt „Journalisten und Zuseher auf der Galerie“ und erklärt, dass die Debatte „bis 13 Uhr auf ORF2, auf ORF3 bis 19.15 Uhr“ und dann online übertragen werde. Auf seinem Platz stehen mehrere Wälzer, unter anderem die Geschäftsordnung des Nationalrates, zwei Bildschirme, zwei Mikrofone, eine Karaffe Wasser und eine ziemlich große Glocke.

Sobotka gibt bei der Fragestunde an Nehammer den Zeremonienmeister: Er ruft auf, wer dran ist, er weist Mandatäre - wie etwa die Blaue Petra Steger - darauf hin, dass sie „ihre Minute für die Frage schon ausgeschöpft“ habe und bitte zum Schluss kommen solle. Wenn es laut wird im Saal, lässt er seine Glocke ertönen, und es wird wieder leise. Hilft auch das nichts, wie bei einem Zwischenruf-Reigen aus der SPÖ-Kurve, mahnt der frühere Lehrer: „Hören Sie, sind's doch bitte so gut und lassen die Abgeordnete ausreden, Sie kommen ja eh nachher selbst dran.“ An sich gleitet Sobotka unbeschwert durch seine wahrscheinlich vorletzte Sitzung nach sieben Jahren an der Spitze des Nationalrates, er findet immer wieder Zeit für Gespräche mit Mitarbeitern und blättert durch seine Unterlagen. Als es für ihn selbst einmal kurz unangenehm werden könnte, weil die rote Vizeklubchefin von Sobotka einen Ordnungsruf für den Kanzler wegen dessen Aussagen über „Chaos“ im Parlament verlangt, reagiert er nicht - und die Sitzung nimmt ihren Lauf.

Die Kickl-FPÖ an der Spitze des Parlaments? Diese Frage beschäftigt sogar die Hofburg.

Kurzum: Wer Wolfgang Sobotka an diesem Freitagvormittag bei der Arbeit zusieht, der würde eher nicht auf die Idee kommen, dass seine Nachfolge zum politisch Heikelsten in einem politisch ohnehin sehr heiklen Jahr zählt. Und demokratiepolitisch gerade viele ranghohe Menschen in diesem Land beschäftigt.

Tut es aber. Denn bis in die Hofburg hinauf wird sorgenvoll darüber nachgedacht, wie es wäre, wenn das Parlament erstmals einen blauen Ersten Präsidenten bekäme. Der dann den von Herbert Kickl ausgerufenen Kampf „gegen das System und die Einheitsparteien“ vom Platz des obersten Parlamentariers aus führen könnte - vermutlich sogar in Opposition, wenn es die FPÖ trotz eines guten Wahlergebnisses nicht in die Regierung schafft. Abwegig ist das keineswegs: Zwar steht es nirgendwo geschrieben, aber es ist hierzulande Tradition, dass die stimmenstärkste Partei



den Platz des Ersten Präsidenten bekommt. Umfragen sehen die Blauen weiterhin auf Platz eins. Erfahrungen mit „oppositionellen“ Nationalratspräsidenten gibt es so gut wie keine, der einzige der letzten Jahrzehnte war Heinz Fischer (SPÖ) bei Schwarz-Blau von 2000 bis 2002. Und der habe die Sache „konsensual“ angelegt, berichtet Andreas Khol, damals ÖVP-Klubchef und später selbst Nationalratspräsident.

Nun aber wird allerorten davor gewarnt, dass ein Kickl-Mann „Sand ins Parlamentsgetriebe“ streuen könnte. Noch vor der Frage, ob ein Freiheitlicher regieren soll, stellt sich bereits kurz nach der Wahl jene nach der Leitung des Parlaments. Offiziell wirklich festlegen wollen sich in den Parteien wenige - mit Ausnahme von Sobotka selbst: Der sagte unlängst nämlich, „dass es kein Gesetz ist“, dem Wahlsieger das offiziell zweithöchste Amt der Republik zu überlassen.

Allein: Ist ein Nationalratspräsident wirklich so mächtig? Es habe „eine hohe protokollarische Stellung“, sagt Khol, sei aber „im Machtgefüge der Republik wenig bedeutend“. Das liegt aber vor allem daran, wie ein ranghoher Abgeordneter erzählt, „dass im Parlament ganz viel auf Basis von Usancen funktioniert, die nirgends festgeschrieben sind“. Mit denen könne man einfach brechen. Auch Khol fügt an: „Bei jemandem, der auf Konsens aus ist, droht kein Unheil. Wenn das aber jemand verkehrt gebürstet anlegt, kann er schon Schwierigkeiten machen.“ Wirklich verhindern könne ein Präsident - der im Übrigen oft den Bundespräsidenten vertritt, das Amt wird ja auch gern als Startrampe für Hofburg-Kandidaturen genutzt - nichts, „aber er kann den Betrieb aufhalten“, sagt Khol.

Das betrifft vor allem die Präsidialkonferenz des Nationalrates. Dorthin entsenden die Fraktionen ihre führenden Abgeordneten, um mit dem Präsidenten Tagesordnung und Sitzungstage festzulegen. Sprich: Es wird entschieden, worüber geredet wird - und wann. Das passiert in der Regel im Einvernehmen, muss es aber nicht. „Am Ende entscheidet der Präsident“, sagt ein Mitglied der Präsidiale. Außerdem

ist der Präsident Herr über das Budget des Parlaments und Chef der Beamten dort, er kann ganz abgesehen von Einrichtungsfragen festlegen, welche Politiker welche Räume bekommen, er übt letztlich das Hausrecht aus - und befindet etwa in U-Ausschüssen darüber, was gefragt werden kann. Außerdem:

Wenn er will, kann der Präsident auch im Alleingang Sitzungen unterbrechen.

Der Präsident des Nationalrates kann im Alleingang Nationalratssitzungen unterbrechen, erklärt Parlamentsexperte Werner Zögernitz. Die Wiederaufnahme obliegt ihm.

Trotz allem müsse man sich „sehr gut überlegen“, von der Usance abzu-

Wolfgang Sobotka und Kanzler Karl Nehammer (beide ÖVP) in der letzten Parlamentssitzung vor der Sommerpause - und der vielleicht vorletzten des Nationalratspräsidenten.

APA/Helmut Föhlinger

gehen, warnt Khol, es wäre „eine Änderung der Realverfassung“ und ein Schritt in Richtung „Konflikt-Demokratie“. In der FPÖ heißt es, dass dem bisherigen Dritten Präsidenten Norbert Hofer das Amt quasi versprochen sei. Dieser wurde in seiner Funktion auch schon mehrfach mit Mehrheit gewählt, erstmals vor mehr als zehn Jahren. So oder so: Die FPÖ würde nicht auf das Amt verzichten wollen. Sobotkas Aussage, dass das Amt nicht zwingend dem Wahlsieger gehöre, bezeichnete FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker als „zutiefst antidemokratische Verachtung des Wählerwillens und den Bruch einer seit Jahrzehnten gelebten Usance“. Sobotkas Aussage zeige, „dass man diesem System samt der schwarz-grün-rot-pinken Einheitspartei den Stecker ziehen“ müsse.